

PARTIZIPATION ÄLTERER MENSCHEN ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

„Älter werden heißt: selbst ein neues Geschäft antreten; alle Verhältnisse verändern sich, und man muss entweder zu handeln ganz aufhören oder mit Willen und Bewusstsein das neue Rollenfach übernehmen.“ (J.W. v. Goethe)

Für das Leben im Alter könnten in Zukunft neue gesellschaftliche Ausrichtungen wesentlich werden, die auf ein höheres Maß an sozialer und politischer Beteiligung gerichtet und mit konkreten Erfahrungen in diesem Bereich verbunden sind. Es ist davon auszugehen, dass die Alten der Zukunft besser vertreten und weniger „privatistisch“ sein werden. Sie werden ihre Belange selbst in die Hand nehmen und sich weniger betreuen lassen (vgl. MAYER, 1994, S. 537). Diese 1994 erstellte optimistische Prognose hat sich in den vergangenen fünfzehn Jahren nur teilweise zum Besseren gewendet. Die offiziellen politischen Vertretungen der gut organisierten parteipolitischen Seniorenorganisationen haben sich auf Grund der steigenden Zahl der PensionistInnen zu einem Machtfaktor entwickelt. Ein Engagement der gesunden, aktiven älteren Menschen hält sich jedoch in Grenzen.

Da die Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen durch eine besonders ausgeprägte Heterogenität gekennzeichnet ist, stößt die Durchsetzung spezifischer Ansprüche auf große Hindernisse. Denn die scheinbare Homogenität des Konzepts des Alters wird durch eine stärkere Differenzierung des kalendarischen Alters aufgelöst. Demnach wird zwischen „young-old“ und „old-old“ unterschieden, also werden die rüstigen und selbständigen von den hoch Betagten, gebrechlichen und hilfsbedürftigen Alten unterschieden – eine Differenzierung, die begriffsmäßig inzwischen von den Kategorien „able-elderly“ und „frail-elderly“ abgelöst worden ist. In Europa spricht man mittlerweile vom 3. und 4. Lebensalter (vgl. DONICHT-FLUCK 1990, S. 232).

Ältere Frauen und Männer von heute haben ein neues Lebensalter hinzugewonnen. Man spricht daher von der Möglichkeit einer „Dritten Karriere“. Die erste ist die Schulzeit, die zweite die Berufs/Familienzeit und die dritte die nachberufliche Karriere (vgl. Kurz 1996, S. 46-56). Ein wesentlicher Aspekt hinsichtlich der Dritten Karriere wäre die Förderung gesellschaftspolitischer Mitsprache. Inwieweit ältere Menschen Frauen und Männer sich engagieren, hängt davon ab, ob die jeweiligen Anliegen aus der eigenen Lebenswelt zu öffentlichen Themen gemacht werden und ob gesellschaftliche Mitbeteiligung von der Gesellschaft, das heißt von den aktiven Erwachsenen, als Anspruch der älteren Menschen Generation anerkannt wird:

„Man sagt, das Negerproblem sei ein Problem der Weißen, das der Frau ein Problem des Mannes: Doch die Frau ringt um ihre Gleichberechtigung, die Neger kämpfen gegen die Unterdrückung; die Alten aber verfügen über keine einzige Waffe, und ihr Problem ist allein ein Problem der aktiven Erwachsenen. Diese entscheiden nach ihren praktischen und ideologischen Interessen, welche Rolle den Alten zuzuweisen ist“ (vgl. BEAUVOIR de 1987, S. 76).

Diese pessimistische Sicht des Status der älteren Generation in ihrem gesellschafts-politischen Umfeld hat sich in den vergangenen Jahren aufgrund der demographischen Entwicklungen in eine positivere Richtung verändert. Frauen und Männer haben, solange sie aktiv ins Leistungsgeschehen und in

Entscheidungsgremien eingebunden sind, vielfältige Möglichkeiten, altersrelevante Akzente zu setzen. In ihrer nachberuflichen Lebensphase können sie als wählende Person in Entscheidungsprozesse eingreifen. Ältere Menschen stellen als Wählerpotential eine große Macht dar.

Zurzeit sind unser Wirtschaftssystem und der Sozialstaat für eine wechselseitige Ausgrenzung von Lebenssphären und Lebensabschnitten verantwortlich. Dieser Trend kann jedoch umgekehrt und kurzfristig verändert werden sofern die Geburtenrate weiterhin auf niedrigem Niveau stagniert. Denn die älteren Menschen, die bisher beinahe in den Pensionsstatus gedrängt wurden, werden gebraucht werden, um das Wirtschaftssystem und den Sozialstaat aufrecht zu erhalten.

Die Menschen erreichen ein immer höheres Alter und dieses kann in den letzten Lebensjahren auch von Multimorbidität gekennzeichnet sein. Die derzeitigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen zeigen, dass das höhere und hohe Alter einen immer problematischer werdenden Lebensabschnitt darstellt. Gesellschaftliche Veränderungen bringen keineswegs automatisch jene Bedingungen hervor, die ein aktives, produktives und sinnvolles Alter unterstützen. Ziel sollte eine menschenwürdige Handhabung sein, wenn Arbeit als befriedigende Tätigkeit und Bildung als zweckfreie Selbstverwirklichung angesehen und in Zukunft als Teilhabe an Kultur und Gesellschaft betrachtet werden (vgl. Mayer 1994, S. 518-544).

Unterschiedliche Formen gesellschaftlicher Partizipation älterer Menschen

Zunehmend werden Stimmen laut, die partizipatorisches Verhalten der älteren Menschen sogar einfordern und unterschiedliche Wege, die ein Mitgestalten ermöglichen diskutiert. In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, unterschiedliche Formen, Initiativen und Modelle bekanntzumachen und voneinander abzugrenzen (vgl. NÄGELE 1994, S. 232ff.).

Mitwirkung: Unter Mitwirkung versteht man die Nutzung von Freiräumen für öffentliche und politische Beteiligung, die von Dritten (z.B. Österreichischer Seniorenrat) eingeräumt werden. Die Nutzung ist von personellen, situationsbezogenen und institutionellen Vorgaben abhängig. Dadurch kann die Entscheidungskompetenz Dritter beeinflusst werden.

Selbstbestimmung: Diese ist frei von externen Vorgaben Dritter und völlig autonom in der Regelung eigener Angelegenheiten. Entscheidungskompetenz ist gegeben. Diese ist jedoch in den parteinahen Seniorenorganisationen eher nicht gegeben (vgl. KURZ 1999, S. 219). In Deutschland entsprechen diesen Vorgaben am ehesten der Organisation „Die Grauen Panther“.

Selbstorganisierte und selbstbestimmte Projekte: Diese haben das Ziel und den Charakter der Selbsthilfe auf örtlicher Ebene und treten in der Regel nicht als öffentliche Vertretung älterer Menschen auf. Es geht dabei vorwiegend um die Bereiche Wohnen, Bildung, Gesundheit und Freizeit.

Teilhabe: Teilhabe-Modelle sind Gemeinwesen orientiert und gehen in erster Linie von den Interessen und Anliegen Betroffener selbst aus und spiegeln die Lebenswelt der Betroffenen wider. Die Seniorengenossenschaften in Deutschland sind dafür klassische Beispiele. Sie setzen Ehrenamtlichkeit voraus, bedürfen allerdings professioneller Unterstützung. Die Selbsthilfeprojekte sind den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Bildung und Freizeit zuzuordnen.

Produktivitätsprojekte: Diese beinhalten die produktive Nutzung des Alters im Interesse der Allgemeinheit. Sie vereinen Elemente der Selbsthilfe und Ehrenamtlichkeit. Es handelt sich um Bereitstellung und Produktion von zumeist sozialen Gütern für Dritte, allerdings weitgehend außerhalb des erwerbswirtschaftlichen und marktmäßig bezahlten Sektors.

Politische Partizipation im Sinne einer Wahlbeteiligung: Ältere Menschen können aufgrund ihrer großen Zahl politische Entscheidungen zu ihren Gunsten beeinflussen.

Die öffentliche und gesellschaftspolitische Partizipation älterer Menschen zeigt derzeit in Österreich eine eher geringe Beteiligungsquote. Das mag einerseits kulturell bedingt sein, denn in Österreich hat diese Art des Voluntarismus kaum Tradition. Es liegt andererseits an einem systemimmanenten Widerspruch, denn die Alten werden aus der bezahlten Erwerbsarbeit „freigesetzt“, um dann in nicht bezahlten Betätigungsfeldern ihre Produktivität unter Beweis zu stellen (vgl. NÄGELE 1994, S. 234).

In diese Diskussion könnte die ethische Dimension der Dankbarkeit Entschärfung bringen. Die große Zahl der finanziell gut abgesicherten Alten könnte diese neue Ethik übernehmen und nicht nur auf ihre wohl erworbenen Rechte pochen, sondern ihre in einem langen Leben erworbenen Kenntnisse der Allgemeinheit freiwillig zur Verfügung stellen (vgl. WEGART 1998, Experteninterview).

Die „Neuen Alten“ sind jüngere Kohorten älterer Menschen, die bereits über mehr Bildung, eine bessere Gesundheit, ein breiteres Interessensspektrum und über mehr Flexibilität verfügen. Trotzdem nehmen in der großen Gruppe der Alten Formen des negativen Alters wie Einschränkungen und finanzielle Nöte zu. Es gilt daher, eine Interessensvertretung durch Dritte auch für diese Gruppe einzufordern. Die Schwerfälligkeit der Durchsetzung von Partizipationsbestrebungen liegt auch daran, dass die Inhalte an den Lebenswelten älterer Menschen vorbeizielten und dass ein Großteil bereits in informellen Netzwerken engagiert ist und dass wenig Freiräume bleiben, zum Beispiel für ältere Frauen, die in Pflege und Betreuung junger und sehr alter Familienangehöriger eingebunden sind (vgl. NAEGELE 1994, S. 234).

Eine lebensweltbezogene Partizipation älterer Menschen kann in erster Linie durch Initiativen und Aktivismus der SeniorInnen selbst entstehen. Eine Politik, die dies ermöglicht, könnte an folgenden Eckpunkten ansetzen:

- + Angebot einer transparenten Information älterer Menschen in Angelegenheiten, die sie selbst betreffen
- + Bewusstseins- und Öffentlichkeitsarbeit, um die Potentiale älterer Menschen stärker sichtbar zu machen
- + Veränderung des negativen Altersbildes unter gezielter Einbeziehung älterer Menschen
- + Wiederbelebung und Einbeziehung der Lebenserfahrung älterer Menschen
- + Unterstützung von Initiativen älterer Menschen, die eigenverantwortlich zu ihrer Lebensgestaltung beitragen möchten, d.h. Aktivierung von Selbsthilfepotentialen
- + Förderung von generationsübergreifender Verständigung – jüngere Menschen profitieren vom Erfahrungswissen älterer Menschen, und diese lernen mit neuen Realitäten umzugehen
- + Berücksichtigung der Heterogenität älterer Menschen durch Förderung von Projekten und Initiativen spezifischer Zielgruppen und Themenbereiche
- + Beachtung altersspezifischer Gemeinsamkeiten, um das Bewusstsein älterer Menschen als Gruppe über parteipolitische Grenzen hinweg auszubilden

Die oben genannten Schwerpunkte sind Teilaspekte, die in einem althergebrachten Verfahren, das in den letzten Jahren unter dem Begriff Lobbyismus Furore gemacht hat, einfließen könnten.

Die gesellschaftspolitische Bedeutung von Lobbying im Seniorenbereich

Die Geburtsstätte des Lobbyismus ist Großbritannien. In Österreich sind es unterschiedliche Interessensvertretungen, die wie zum Beispiel die Sozialpartner entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und auf die Verteilung öffentlicher Mittel hatten und in manchen Bereichen immer noch haben.

Sofern ältere Menschen unabhängig von ihrem Alter von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, ermächtigen sie in einem demokratieimmanenten Prozess politische Parteien, ihre Interessen zu vertreten. Auf diese Weise kann die Macht der Individuen gebündelt über eine Partei gesellschaftspolitische Ziele der älteren Generationen verfolgen und diese auch zur Durchsetzung

bringen. Je größer die politisch privilegierten Gruppen mit gleichen Interessen sind, desto größer ist auch der Einfluss, den man mit geschicktem Lobbyismus erreichen kann:

„Einflussreicher Lobbyismus ist dann gegeben, wenn man auch in die für die Interessen der Gruppe relevanten Entscheidungen permanent mit eingebunden ist und damit agieren statt reagieren kann.“ (vgl. GRABNER 1998, S. 155).

In Österreich haben sich kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges parteinahe Seniorenorganisationen gebildet, die auch parteiübergreifend zur Durchsetzung der Interessen älterer Menschen kooperierten.

Hauptziel war und ist es, die älteren Generationen vor Benachteiligung zu schützen und einen gerechten Anteil des Volkseinkommens zu sichern. Es gilt, in den in unmittelbarer politischer Verantwortung stehenden MandatarInnen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene ein Problembewusstsein für die Altersphase zu erzeugen (vgl. GRABNER 1998, S. 158-159).

Zur nachhaltigen Durchsetzung berechtigter Anliegen stehen den SeniorInnen nur begrenzte Mittel zur Verfügung. Über einen starken Lobbyismus und die Ausschöpfung der Möglichkeiten, permanenten politischen Druck auszuüben, können in Zukunft Resultate erzielt werden. Simone de Beauvoir hat das gesellschaftspolitische Dilemma der älteren Menschen, die ihrer Ansicht nach ohne politisches Instrumentarium den aktiven Erwachsenen hilflos ausgeliefert sei, klar erkannt (vgl. BEAUVOIR de 1987, S. 434).

Es kann festgestellt werden, dass der Lobbyismus für die Probleme der älteren Generationen gute Erfolge erzielt. Es kann jedoch nicht so sein, dass die PensionsbezieherInnen besser behandelt werden als die jüngeren Generationen, die dafür verantwortlich sind, dass ein funktionierendes Wirtschaftssystem die Forderungen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen erfüllt.

Der Anteil der älteren Generationen hinsichtlich des Gesamtgefüges der österreichischen Bevölkerung nimmt ständig zu. So ist es klar, dass eine der wichtigsten Forderungen der älteren Menschen wohl die Sicherung des Einkommens im Alter ist.

Die Anhebung der Pensionsbeiträge scheint wirtschaftlich eher unverträglich; eine Wertschöpfungsabgabe wird von den WirtschaftsvertreterInnen vorwiegend abgelehnt; Pensionskassen der Betriebe belasten die Lohnkosten, und eine Privatvorsorge kann nur Besserverdienenden zugemutet werden (vgl. GRABNER 1998, S. 158-159).

Welche Auswege bieten sich an: der Ausbau des Systems der Gleitpension, die Aufhebung von Beschäftigungsverboten, eine Infragestellung von altersmäßigen Vorrückungsmechanismen bei Beamten und Angestellten und eine frühere Eingliederung junger Menschen ins Erwerbssystem bei gleichzeitiger Forcierung einer lebensbegleitenden Weiterbildung. Die Sicherung der Pensionen ist nur ein Segment der Anliegen der älteren Generationen, für die ein effizienter Lobbyismus betrieben werden sollte. Die Belange älterer Menschen sind umfassend und ressortübergreifend. Arbeits-, Sozial-, Kultur-, Gesundheits-, Verkehrs-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik beinhalten Teile für eine umfassende Seniorenpolitik.

Bildung für ein aktives Alter

Die Humboldt'sche Tradition der Bedeutung von Bildung als Ausbildung von Fähigkeiten, die zur Teilhabe an tradierter Kultur, zur Erbringung von Sinn- und Orientierungsleistungen und zur aktiven Auseinandersetzung mit Umwelt und Geschichte führt, sollte für die Alters- und Altersbildung wiederbelebt werden (vgl. MAYER 1994, S. 525). Menschen, die in früheren Lebensabschnitten besondere Fertigkeiten in einzelnen Wissensgebieten entwickelt haben, verfügen im Alter über ein Expertenwissen (vgl. KRUSE 1994, S. 342). Dieses beschränkt sich nicht nur auf berufliches Wissen, sondern umfasst auch die kompetente Auseinandersetzung mit praktischen Lebensanforderungen.

Ältere Menschen könnten sich eigenverantwortlich und selbsttätig ihren Kompetenzen entsprechende

Handlungsfelder in der nachberuflichen Lebensphase aufbauen. Ein Mensch kann bereits vor dem Eintritt in die nachberufliche Lebensphase erste Grundlagen für ein selbständiges, aufgabenbezogenes und sinnerfülltes Alter schaffen. Es geht um die gedankliche Vorwegnahme der Aufgaben, Möglichkeiten, Risiken und Grenzen der kommenden Lebensjahre und um den Erwerb spezifischer Fertigkeiten, die für eine selbständige Lebensführung im Alter wichtig sind (vgl. KRUSE 1994, S. 351).

Eine Auseinandersetzung mit diesem Leitbild könnte zu einer fruchtbaren Diskussion führen, in der die Generationenbeziehungen, die politische Vertretung älterer Menschen und die Vorbereitung auf das Alter angesprochen und als mögliche Themen der Alten- und Altersbildung ins Auge gefasst werden.

Seniorenpolitik in Österreich

Die ÖsterreicherInnen werden immer älter und die Bevölkerungsgruppe der Menschen in der nachberuflichen nachfamiliären Lebensphase nimmt stetig zu. Die Zahl der 60-jährigen und Älteren wird von derzeit 1.897.307 Millionen um mehr als ein Viertel im Jahr 2015, und um knapp drei Viertel auf 2,7 Millionen im Jahr 2030 ansteigen. Der Anteil der über 60-jährigen wird sich damit von 23% auf 33% im Jahr 2030 erhöhen. Für das österreichische Pensionssystem bedeutet das, dass jeder/e dritte EinwohnerIn im Pensionsalter sein wird (vgl. Statistik Austria Landesstatistik Steiermark Stand 01.01.2009). Diese Zahlen sind eine Herausforderung für eine aktive Bevölkerungspolitik. Der Anteil der über 70-jährigen wird sich von 11%, das sind 969.065 Personen, auf 22% im Jahr 2030 verdoppeln. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung gibt es in Österreich bereits 432.282 Personen, die älter als 80 Jahre alt sind. Somit hat ein 2009 geborenes Mädchen eine Lebenserwartung von 83 Jahren.

In der Vergangenheit wurde Seniorenpolitik allzu oft auf die Sicherung der Pensionen reduziert. Dahinter stand das wichtige Anliegen, den Menschen im Alter soziale und finanzielle Sicherheit zu garantieren. Seniorenpolitik wurde daher folgerichtig als eine Politik für SeniorInnen und nicht als Politik mit SeniorInnen, in der diese Bevölkerungsgruppe ihre eigenen Interessen selbst wahrnehmen und zum Ausdruck bringen könnten, betrachtet. Mittlerweile hat Seniorenpolitik in Österreich und in anderen europäischen Staaten einen Paradigmenwechsel erfahren. Soziale Sicherheit bleibt nach wie vor ein wichtiges Thema, aber das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer umfassenden als Gesellschaftspolitik verstandenen Seniorenpolitik spielt im öffentlichen Verständnis eine entscheidende Rolle. Es müssen die Teilhabechancen älterer Menschen sichergestellt und ihre Bereitschaft zum Aktivsein genützt und gefördert werden. Ein zentrales Anliegen einer neuen Seniorenpolitik ist die Stärkung der Generationensolidarität. Sie darf aber keine Einbahnstraße werden in der die junge und mittlere Generation ihren Anteil des Generationenvertrages wahrnimmt, die älteren Menschen jedoch den neuen Gegebenheiten nichts entgegenzusetzen. Dem bereits vor Jahren prognostizierten Generationenkrieg sind wir nahe, wenn sich die aktuellen politischen Vertreter der älteren Generationen nicht eines Besseren besinnen und ihre Klientel positiv darauf einstimmt, dass es um Solidarität zwischen den Generationen geht. Wobei diese sich nicht nur im privaten familiären Bereich manifestieren soll und kann.

Die Generationenproblematik wird in den nächsten Jahrzehnten als Interessenskonflikt wahrgenommen werden, wenn es um gerechte Verteilung der begrenzten finanziellen Ressourcen geht. Interessenskonflikte, Befürchtungen und Entschärfungsstrategien werden wie folgt geäußert: Da die Pensionsbezieher einen Großteil der budgetären Aufwendungen für soziale Leistungen für sich in Anspruch nehmen werden, müssen in Zukunft ein verändertes Bewusstsein und veränderte Umverteilungsstrategien einen Wandel herbeiführen. „Es sind zwei Klassen im Entstehen: Die einen – vor allem ältere Menschen – genießen Konsum und soziale Sicherheit, die anderen – vor allem junge Menschen, oft mit hoher Berufsausbildung – schlagen sich mit „Jobs“ durchs Leben. Umverteilungsgerechtigkeit wird als Wert eingefordert“ (vgl. BRAUCHBAR/HEER 1993, S. 140).

Es sind auf der einen Seite die demographischen Entwicklungen – immer mehr ältere Menschen stehen immer weniger Jungen gegenüber – die eine neue Qualität der Senioren- und Generationenpolitik erfordern, auf der anderen Seite zeigt sich eine begrüßenswerte Emanzipation der älteren Generationen, die nicht auf das Abstellgleis geschoben werden möchten, sondern aktiv und selbstbestimmt den dritten Lebensabschnitt gestalten möchten. Dazu gehört auch ein verantwortungsvolles Maß halten und Verständnis für die aktive jüngere Generation und deren Anliegen.

Spezifische Merkmale österreichischer Seniorenpolitik

Diskussionsforen (vgl. BAHR/LEICHSENDRING/STRÜMPPEL 1996, S. 188), in denen Mitsprachemöglichkeiten älterer Menschen diskutiert wurden, zeigten offenkundig, dass die meisten SeniorInnen wünschten, von älteren Menschen vertreten zu werden, und dass es einen kontinuierlichen

Austausch zwischen der Funktionärsschicht und der Basis gäbe. Dem Wunsch nach öffentlicher Vertretung alter Menschen durch alte Menschen wird in der österreichischen Organisationsstruktur zum Teil Rechnung getragen, zum Teil hinkt dieser Wunsch den modernen Ansprüchen hinterher (vgl. KURZ 1999, S. 219).

In einer dieser Mitspracheforen äußerte sich der damalige Generalsekretär des Österreichischen Seniorenbundes, Franz Mohaupt, folgendermaßen:

„Es geht weniger um Informationen von oben nach unten. Wir müssen unterscheiden, was die große schweigende, stumme Menge der älteren Menschen, die Hunderttausende, und was die paar Funktionäre betrifft. Da liegen Welten dazwischen. [...] Man muss unterscheiden zwischen dem Funktionärstum und der großen Mitgliederschar, in deren Interesse wir arbeiten.“ (vgl. BAHR/LEICHSENDRING/STRÜMPPEL 1996, S. 188).

Die Betroffenen sehen sich zu wenig wahrgenommen, fühlen sich nicht genügend informiert und konstatieren ein mangelndes Generationen Bewusstsein. Sie orten auch eine gesellschaftliche Ausgrenzung als KundInnen, bei Behörden und in Altersheimen. Ältere Menschen sehen zudem im vorherrschenden und von den Medien propagierten Jugendkult einen Hemmschuh für eine positive Auseinandersetzung mit der jüngeren Generation.

„Ich möchte eine ehrliche Meinung junger Politiker, junger Menschen in verantwortungsvollen Positionen hören. Ist es nicht genug, dass wir Alten ein gutes „Ausgedinge“ haben! Meist ausreichende Pensionen. Wir können uns etwas leisten. Wir sind noch gesund genug, um Reise- und Freizeitangebote zu nutzen und wir genießen eine hervorragende Versorgung bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Müssen wir auch noch überall mitreden?“ (Interview mit einem anonymen Seniorstudenten in Graz 1999, vgl. KURZ 1999, S. 89).

Mitsprache und aktive Teilhabe wird für die älteren Menschen durch individuelle Barrieren schwierig. Gesundheitliche Einschränkungen, plötzliche Krankheiten, Familiendienste, Autoritätsgläubigkeit, mangelnde Eigeninitiative und fehlendes Selbstbewusstsein sowie Angst vor Verantwortung und ein Überangebot an Konsum- und Freizeitangeboten sind dafür verantwortlich, dass gesellschaftspolitisches Engagement eher nicht wahrgenommen wird (vgl. KURZ 1999, S. 56).

Die österreichische Seniorenpolitik ist gekennzeichnet durch: einen hohen Organisationsgrad in den organisierten Seniorenorganisationen, die im Vorfeld der politischen Parteien agieren und einer Diskrepanz zwischen diesem hohen Organisationsgrad und der geringen politischen Sichtbarkeit der Mitglieder bzw. schweigenden nicht organisierten Mehrheit der SeniorInnen. Die Mitglieder der parteinahen Seniorenorganisationen werden nicht als politische Basis mobilisiert, sie treten als WählerInnen und OrganisatorInnen von Serviceleistungen in Erscheinung. Eine Seniorenpolitik, die, jenseits von Fragen der Pensions- und Gesundheitspolitik agiert, ist erst im Entstehen.

Eine Gesellschaftspolitik, die von engagierten Menschen in der nachberuflichen, nachfamiliären Lebensphase getragen wird, kann sich nur dann herausbilden, wenn die unterschiedlichen Interessenslagen berücksichtigt und ältere Menschen in eine Politik des Ausgleichs unter der Prämisse der aktiven Beteiligung in gesellschaftliche Prozesse mit einbezogen werden.

In Österreich können vier Gruppen älterer Menschen entsprechend ihrer Einbindung in öffentliche Strukturen unterschieden werden (vgl. GRUNDEI 1998, S. 2):

- + Seniorengruppen mit parteipolitischer und/oder konfessioneller Orientierung
- + seniorenspezifische Organisationen und Gruppierungen (z.B. SeniorenstudentInnen, Graue Panther, Die Grauen etc.)
- + gesetzlich vorgegebene Seniorenvertretungen für Personen, die die Wahrnehmung ihrer Rechte aufgrund von Pflegebedürftigkeit und anderem an Dritte übertragen müssen.

Österreichische Vertretungsstrukturen für ältere Menschen

Mit dem Bundesseniorengesetz BGB1.Nr.84/ 1998 wurde sichergestellt, dass durch die Einrichtung des Bundesseniorenbeirates die Vertretung der Anliegen der älteren Generationen gegenüber den politischen EntscheidungsträgerInnen auf Bundesebene gewährleistet ist. Die im Gesetz festgelegte Allgemeine Seniorenförderung kommt diversen Seniorenorganisationen im Vorfeld politischer Parteien zugute. Damit werden Beratung, Information und Betreuung der Mitglieder finanziert.

Mit Inkrafttreten der Novelle zum Bundesministeriengesetz im Jahr 2000 ist der Bundesseniorenbeirat dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zugeordnet und wird im Sinne des Gesetzes als aktives Steuerungsinstrument der Senioren- und Generationenpolitik in Österreich eingesetzt. Er dient als Gesprächsforum und dem institutionalisierten Dialog zwischen den politischen EntscheidungsträgerInnen und VertreterInnen der Seniorenorganisationen in seniorenspezifischen Fragen, die von allgemeiner österreichischer Bedeutung sind.

Eine weitere Novellierung im Jahr 2000 forcierte die Einrichtung eines Dachverbandes der parteinahen Seniorenorganisationen als offizielle Vertretung der älteren Menschen. Der Seniorenrat ist in allen Angelegenheiten, welche die Interessen der österreichischen SeniorInnen berühren, den gesetzlichen Interessenvertretungen der Dienstnehmer, der Wirtschaftstreibenden und der Landwirte gleichgestellt. Damit ist die gleichrangige und gleichberechtigte Vertretung der Anliegen älterer Menschen auf Bundesebene sichergestellt.

Die seniorenpolitische Grundsatzabteilung des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Diese wurde 1997 im Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie eingerichtet und gleichzeitig mit der operativen Umsetzung einer neuen Seniorenpolitik betraut. Die österreichische SeniorInnen- und Freiwilligenpolitik (vgl. <http://www.bmsk.gv.at/cms/site> vom 19.08.2009) behandelt folgende Ziele und setzt u.a. folgende Maßnahmen:

- + Förderung und Sicherung der Teilhabemöglichkeit älterer Menschen am sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Leben beispielsweise durch das Bundesseniorengesetz, den österreichischen Bundesseniorenbeirat, die Ausarbeitung eines Seniorenplans oder die Förderung von Modellprojekten, wie z.B. Seniorenfreundliche Gemeinde.
- + Förderung von Bildungsprogrammen für ein aktives Älterwerden: Umsetzung z.B. durch

Unterstützung von Projekten zur Prävention und Partizipation, Antidiskriminierung und Chancengleichheit, Nationales Qualitätszertifikat für Alten- und Pflegeheime (NQZ), Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung von Ehrenamtlichen bzw. Freiwilligen.

Mitspracheforen und deren Ergebnisse:

1 Die Wiener Deklaration

Während der EU Präsidentschaft Österreichs 2006 wurden in einer internationalen Fachtagung mit dem Titel „Altern in Europa“ Prinzipien (Fußnote 2) einer neuen Senioren- und Bevölkerungspolitik vorgestellt.

Demzufolge sei:

- + der dritte Lebensabschnitt nicht als „Last“, sondern als „Gewinn“ zu thematisieren
- + das Bewusstsein des gegenseitigen Aufeinanderangewiesenseins sowohl im ideellen als auch materiellen Transfer zu festigen
- + das gegenseitige Verständnis und die Kooperation durch intergenerationelle Initiativen zu stärken
- + der Wert aller Lebensalter durch eine realistische Darstellungen in den Medien zu betonen
- + das Prinzip des lebenslangen Lernens auch für ältere Menschen zur Geltung zu bringen
- + das Ehrenamt aufzuwerten, um Foren der generationenübergreifenden Solidarität außerhalb der Familie zu schaffen
- + die Bedeutung der Familien für die Generationensolidarität zu thematisieren und Maßnahmen zur optimalen Unterstützung pflegender Angehöriger zu entwickeln
- + die Gesundheitsförderung im mittleren und höheren Alter zur Verbesserung der Gesundheit und zur Verkürzung einer Pflegebedürftigkeit auszubauen
- + die Rolle der älteren Menschen als Bewahrer und Überlieferer von kulturellem Erbe, erlebter Geschichte und spezifischer Kenntnisse im Interesse der jüngeren Generation aktiv zu fördern
- + den SeniorInnen die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Interessen und Anliegen im Rahmen neuer Formen der Beteiligung auf allen Ebenen selbstverantwortet wahrzunehmen.

In diesem Zusammenhang wäre zu überlegen, auf welche Weise ältere Menschen, die keiner parteinahen Vorfeldorganisation angehören, und das sind immerhin über eine Million Menschen, in Zukunft in partizipatorische Handlungskonzepte mit eingebunden werden können.

2 Das Internationale Jahr der älteren Menschen 1999

Die UNO deklarierte das Jahr 1999 zum „Internationalen Jahr der älteren Menschen“. Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie installierte ein Nationalkomitee, das sich mit diversen gesellschaftspolitischen Fragestellungen beschäftigte. Der Arbeitskreis 4 bearbeitete das Thema: „Gesellschaftliche und politische Partizipation älterer Menschen“. Die TeilnehmerInnen des Arbeitskreises kritisierten, dass die parteinahen Seniorenorganisationen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichischen Volkspartei, der Freiheitlichen Partei Österreichs und die

PensionistInnen der Gewerkschaften bevorzugt behandelt würden, dass neue Formen der Beteiligung älterer Menschen durch dieses Gesetz nicht gefördert würden und dass es über die Handlungsweise der mit Seniorenfragen befassten Gremien keine Transparenz nach außen gäbe. Die den politischen Parteien zugeordneten Seniorenorganisationen haben zwar in den Mitspracheforen ein Vertretungsmonopol, sie sind jedoch der „berühmte erste Schritt“ für eine verbesserte Vertretung der SeniorInnen.

Derselbe oben erwähnte Arbeitskreis stellte Forderungen bezüglich einer gesellschaftlichen und politischen Partizipation älterer Menschen:

- + Bildung einer starken Lobby mit politischer Durchsetzungskraft
- + Stimmrecht in jenen Gremien, die in seniorenrelevanten Fragestellungen Entscheidungskompetenzen haben, um z.B. Einschränkungen im Gesundheitsbereich zu verhindern
- + Durchsetzung der vom Bundesseniorenbeirat in Form von Vorschlägen eingebrachten Anliegen älterer Menschen
- + Ausweitung des Bundesseniorengesetzes auf Landes- und Gemeindeebene
- + Novellierung des derzeit bestehenden Bundes-Seniorengesetzes hinsichtlich §3 Abs. (2) hinsichtlich zugelassener Seniorenorganisationen; §19 hinsichtlich Vergabe von Subventionen, §20 hinsichtlich förderungswürdiger Projektvorhaben und §24 Erweiterung des Dachverbandes
- + Einrichtung sozialer Netzwerke vor Ort
- + Vertretung von älteren Frauen und Männern in der Sozialpartnerschaft
- + Einrichtung einer Kammer für ältere Menschen
- + mehr Transparenz und Information hinsichtlich seniorenspezifischer Fragestellungen der öffentlichen und privaten Einrichtungen
- + Einbringen von gesellschaftspolitischen Akzenten

3 In einem Modell für eine Vertretung älterer Menschen auf Gemeinde- und Landesebene in der Steiermark wurden unter anderen folgende Forderungen gestellt

(vgl. KURZ 1999, S. 229):

- + Nominierung älterer Frauen und Männer an wählbarer Stelle als SeniorenvertreterInnen bei Gemeinderats- und Landtagswahlen
- + Aufstellung älterer Menschen als ErstmandatarInnen ohne Berücksichtigung der Altersklausel
- + Öffnung und das Öffentlichmachen sowie eine Erweiterung des Steirischen Seniorenbeirates durch ExpertInnen und Beamten einschlägiger Ressorts, die sich mit der Thematik des Älterwerdens befassen, sowie eine regelmäßige und umfassende Information über die Arbeit des Steirischen Seniorenbeirates und ähnlicher Gremien
- + eine Novellierung des Bundes-Seniorengesetzes hinsichtlich Transparenz und der Vergabe von Förderungen, um seniorenspezifische Projekte, die außerhalb der im Bundesseniorenbeirat eingebundenen parteinahen Seniorenorganisationen liegen, durchführen zu können
- + Einrichtung eines Altenforums unter Einbeziehung sozialer Einrichtungen und Non-ProfitOrganisationen, um gemeinsam Vorschläge zu erarbeiten, die den gewählten VertreterInnen als

Grundlagen dienen sollen; künftige Hinzuziehung und Zubilligung einer Parteistellung des Altenforums bei allen die Bevölkerung betreffenden Vorhaben

- + Ausarbeitung eines Landes-Seniorengesetzes in Anlehnung an das Bundes-Seniorengesetz durch das Altenforum
- + stärkere Einbindung der älteren Menschen Generation in die politische Geschehnisse, wie zum Beispiel durch die Einführung eines Seniorenlandtages
- + Gewährleistung eines Mitspracherechtes in den Gremien der Privat- und Pflichtversicherungen und im gesundheitlichen Bereich
- + Forcierung einer Einrichtung von Bezirks- und Gemeindeinformationsstellen im Sinne von Bürgerbüros, in denen unterschiedliche Institutionen, Organisationen, Vereine und NonGovernmental-Organisationen (NGOs) vertreten sind.

4 Fragestellungen hinsichtlich einer aktiven Beteiligung älterer Menschen in gesellschaftlichen Prozessen

Wenn ältere Menschen Frauen und Männer in gesellschaftliche Prozesse integriert werden sollen, so wären vorab einige Fragestellungen (vgl. KURZ 1999, S. 99) hinsichtlich einer Beteiligung zu erörtern:

- + Für welche Bereiche würden sich ältere Frauen, ältere Männer gerne innerhalb und außerhalb von Institutionen engagieren?
- + Welche Möglichkeiten der Partizipation sehen ältere Menschen Frauen und Männer selbst innerhalb und außerhalb von etablierten Seniorenorganisationen?
- + Gibt es bei den jüngeren Mitgliedern der Partei nahen Seniorenorganisationen Hinweise darauf, dass sich Verhaltensweisen hinsichtlich eines Engagements innerhalb der Seniorenorganisationen ändern?
- + Welche Bedeutung hat das gesunde „Dritte Lebensalter“ zwischen Pensionierung und dem Status der Hochbetagten für die Betroffenen selbst und für die Seniorenorganisationen?
- + Inwieweit kann eine latente Bereitschaft zur Partizipation über Bildungsangebote der politischen Bildung gefördert werden?
- + Wie sieht Bildung aus, die zur gesellschaftlichen Partizipation führt?
- + Inwieweit kann über eine Förderung der Eigeninitiative, über Abbau von Vorurteilen hinsichtlich des Älterwerdens und durch Vermittlung eines positiven Selbstwertgefühles gesellschaftspolitisches Engagement gestärkt werden?

Mitsprache in Seniorenorganisationen im Vorfeld politischer Parteien zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Von den Strukturen her gesehen, wären die Seniorenorganisationen durchaus in der Lage, ihren Mitgliedern Mitsprache im Sinne von aktiver Teilhabe und Teilnahme von selbstinitiierten und selbstgetragenen Projekten zuzugestehen, diese zu unterstützen und zu fördern. Funktionäre betonten in Experteninterviews immer wieder, dass Mitsprache auf allen Ebenen gegeben sei. Sie artikulierten jedoch gleichzeitig ihr Unverständnis gegenüber einer Kritik durch die Öffentlichkeit hinsichtlich

derzeitiger Mitsprachegegebenheiten. Dies lässt den Schluss zu, dass die Funktionäre einerseits und ältere Menschen, die diesen Organisationen nicht angehören, andererseits völlig unterschiedliche Auffassungen und Sichtweisen haben, was eine fundierte Mitsprache und Partizipation betrifft. Die Seniorenorganisationen im Vorfeld politischer Parteien verstehen darunter eine straff geführte Organisation, die über vorgegebene Strukturen Meinungen und Wünsche der Mitglieder über Abstimmungsmodalitäten kanalisieren und diese dann nach oben weitergeben. Dass auf diesem Weg von der Basis bis zur Seniorenkurie hin einiges verloren geht, wird von den Funktionären als demokratischer Reibungsverlust hingenommen (vgl. KURZ 1999, S. 219).

Das 1998 eingeführte BSG ist eine konsequente Weiterführung der Politik der etablierten Seniorenorganisationen, die dank ihrer Nähe zu den politischen Parteien und der großen Zahl ihrer Mitglieder für sich ein Vertretungsmonopol ausverhandeln konnten. Es ist jedoch zu beachten, dass in Österreich nur ca. 30% der laut Bundes-Seniorengesetz definierten SeniorInnen Mitglieder in den parteinahen Seniorenorganisationen sind. Es erhebt sich die Frage, ob deren Programme in der derzeitigen Form den Interessen und Forderungen der älteren Menschen in genügendem Ausmaß entsprechen, denn 70% dieser Personengruppe bilden die sogenannte „schweigende Mehrheit“.

Menschen, die die Schwierigkeiten der ersten Republik, das Nationalsozialistische Regime und die Nachkriegszeit hautnah mit ihren kontroversen und parteipolitischen Machenschaften miterlebten, zeigen offensichtlich eher wenig Interesse, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren. Ihre Möglichkeiten der Mitsprache beschränken sie bewusst auf das Wahlrecht, das eher als Wahlpflicht empfunden wird. Frei nach dem Kabarettisten Helmut Qualtinger „Der Papa wird's schon richten“ hat der Wohlfahrtsstaat zudem den BürgerInnen das Gefühl vermittelt, dass der Staat die wichtigen Belange des Lebens regelt. Diese Einstellung, gekoppelt mit Politikverdrossenheit und einer biografisch bedingten Autoritätsgläubigkeit, sind wesentliche Hemmschwellen für einen Großteil der älteren Menschen, sich für Mitsprache zu erwärmen. Allerdings ist davon auszugehen, dass die jüngeren Kohorten der Alten sich in Zukunft anders verhalten werden.

Schlussfolgerungen

Partizipation älterer Menschen in gesellschaftlichen Prozessen ist gebunden an Selbstorganisation und der Nutzung von Strukturen, die eine Umsetzung ihrer Wünsche, Ideen und Visionen ermöglichen. Sofern sich ältere Frauen und Männer für ihre eigenen Belange selbst einsetzen und von Seniorenorganisationen hinsichtlich spezifischer Information unterstützt werden, bietet sich ihnen ein weites Feld der Betätigung wie zum Beispiel bei der Planung von Siedlungen und Wohnprojekten an. Sie könnten auf behindertengerechte Einrichtung oder Sicherheitsaspekte Bedacht nehmen und sich dafür einsetzen, dass auch in Zukunft durch infrastrukturelle Gegebenheiten die Versorgung sehr alter Menschen auch im ländlichem Raum gewährleistet ist.

Parteiunabhängige Einrichtungen für ältere Menschen, die aus einer aktuellen Bedarfssituation in den 1990er Jahren und später entstanden sind und sich keiner politischen Partei zugehörig fühlen und/oder von diesen in irgendeiner Form abhängig sind, können die unterschiedlichsten Problemlagen der Lebenswelten der älteren Menschen Generation stärker artikulieren. Sie haben jedoch hinsichtlich ihrer Position innerhalb des Gesellschaftssystems meist weniger Chancen, gehört zu werden.

Etablierte Seniorenorganisationen können auf zwei unterschiedlichen Ebenen hinsichtlich Partizipation Erfolge erzielen. So besteht einerseits für die Zukunft der Wunsch, dass gewählte ältere Menschen Mandatäre auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene die Anliegen der älteren Menschen vertreten sollten. Dadurch wäre eine Seniorenpolitik für und durch SeniorInnen gewährleistet. Andererseits versprechen sich die Seniorenorganisationen von der bisherigen Praxis des politischen Lobbyismus für die älteren Menschen innerhalb der vorgegebenen Parteistrukturen Effizienz und Erfolge.

Unabhängig von allen Forderungen für eine partizipatorische Seniorenpolitik wäre es anzustreben die Belange der älteren Generation in Hinkunft offen, konstruktiv und parteiübergreifend zu behandeln. Politische Institutionen, die Familie, der Arbeitsmarkt, das Gesundheitssystem und andere gesellschaftliche Strukturen, in die das individuelle Leben eingebettet ist, sind Garanten für eine höhere Qualität des Alterns. Wünschenswert ist, dass die Lebensphase des Alters gesellschaftlich integriert wird und die früheren starren Altersstrukturen durchlässiger werden und es den Menschen dadurch ermöglicht wird, Perioden der Bildung, Arbeit und Freizeit frei zu wählen und miteinander abzuwechseln.

Wenn solche Optionen gegeben sind, werden einige ältere Menschen dafür optieren, weiterhin am Wirtschaftsleben der Gesellschaft teilzunehmen. Andere ältere Menschen werden sich dagegen für Sport, Reisen entscheiden oder ihre freie Zeit den EnkelInnen widmen. Wieder andere werden ehrenamtliche Aufgaben übernehmen. Die Bedürfnisse und Möglichkeiten sind also sehr unterschiedlich und es wäre für die Gesellschaft insgesamt von Vorteil den älteren Menschen eine große Rollenvielfalt anzubieten.

Eine humane Gesellschaft kann den Menschen und insbesondere den Kindern und Alten nur gerecht werden, wenn Rücksicht auf die Zusammenhänge zwischen Körper, Geist und Emotionen genommen wird, also ein ganzheitliches Menschenbild in Betracht gezogen wird. Die gesellschaftliche Stellung alter Menschen ist ein Gradmesser für die Humanität einer Epoche und einer Gesellschaft.

„Der Alte ist nicht, wie bei den Menschenaffen, ein Wesen, das nicht mehr kämpfen kann, sondern er kann nicht mehr arbeiten und ist damit ein unnützer Esser geworden. Niemals hängt seine Stellung nur von den biologischen Bedingungen ab: kulturelle Faktoren fallen ins Gewicht“ (vgl. BEAUVOIR de 1987, S. 35).

Simone de Beauvoir meint, dass die erwerbstätigen Erwachsenen dafür verantwortlich sind, welcher Platz den Alten innerhalb einer Gesellschaft zugewiesen wird. Diese Zuweisung erfolgt in einem System von Altersstufen, das abhängig von ökonomischen und demographischen Bedingungen die individuellen Lebenszyklen beeinflusst und normiert. Für die Gegenwart bedeutet das, dass durch Pensionierungen und Frühpensionierungen jüngeren Arbeitskräften Platz geschaffen wird und das Wissen, die Erfahrung und Fertigkeiten der älteren Menschen in diskriminierender Form abgewertet werden. Gleichzeitig wird politisch die Alterslast im Sinne von hohen öffentlichen Ausgaben für Alterspensionen in den Vordergrund gestellt und der Aspekt des Alterskapitals – die materielle und ideelle Unterstützung jüngerer bzw. alter Familienmitglieder – vernachlässigt, obwohl bereits deutlich wird, dass das Anwachsen der Altenpopulation nur dann für das Gemeinwesen konstruktiv umgesetzt werden kann, wenn die Alten nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten in relevante gesellschaftliche Bereiche integriert werden.

Literaturverzeichnis

BAHR C./LEICHSENRING K./STRÜMPPEL C.: Bedarfswelder für politische Mitsprache älterer Menschen in Österreich, Europäisches Zentrum. Wien 1996, S. 188.

BARTENSTEIN M.: Seniorenpolitik ist mehr. In: SANITAS. Fachzeitschrift für Gesundheit und Wohlbefinden. Linz I/1999, o.S.

BEAUVOIR de, S.: Das Alter (La Vieillesse). Hamburg 1989, S. 76.

BRAUCHBAR M./HEER H.: Zukunft Alter. München 1993, S. 140, 219-250.

- DONICHT-FLUCK B.: Neue Alte in den USA. In: KNOPF D. et.al. Beiträge zur Gerontologie und Altenarbeit, Bd. 75. Berlin 1990, S. 232.
- FLEMING M./GRUNDEI F.: Vorschläge und Forderungen. In: Arbeitskreis 4, BMUJF, Gesellschaftliche und politische Partizipation älterer Menschen im internationalen Jahr der älteren Menschen. Wien 1998, S. 2.
- GRABNER H.: Lobbyismus für die ältere Generation. In: SCHEFF J./GUTSCHELHOFER A. (Hrsg.): Lobby Management, Management Perspektiven, Bd. 4. Wien 1998, S. 155.
- GRUNDEI F.: Resuméeprotokoll des Arbeitskreises 4, Gesellschaftliche und politische Partizipation älterer Menschen, BMUJF. Graz 1998, S. 2.
- HALLER B./König I.: Graue Panther. Zur Wahrscheinlichkeit und Intensität der politischen Mobilisierung der älteren Generation in Österreich, Studie im Auftrag des Bundesministerium für Wirtschaft, Verkehr, Konsumentenschutz. Wien 1997, S. 5-7.
- HÖNIGSPERGER E.: Kompetenzzentrum für Senioren- und Bevölkerungspolitik. In: ANITAS. Fachzeitschrift für Gesundheit und Wohlbefinden. Linz I/1999, S. 4.
- KRUSE A.: Alter im Lebenslauf. In: GRUYTER de W.: Alter und Altern. Berlin/New York 1994, S. 331-355.
- KURZ R.: Chancen und Möglichkeiten gesellschaftspolitischer Partizipation älterer Frauen und Männer in steirischen Seniorenorganisationen zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Dissertation an der Karl-Franzens-Universität Graz. Graz 1999, S. 56, 89, 99, 219, 229.
- KURZ R.: Mitbestimmen, Mitgestalten und sich dabei selbst entfalten. In: BRUGGER, E/CZERWENKA-WENKSTETTEN G./FOLKES E. (Hrsg.): Die 3. Karriere – Ideen zur Gestaltung der reifen Jahre. Wien 1966, S. 46-56.
- MATZKA N.: Die ältere Generation als Faktor in der österreichischen Innenpolitik. In: BERCHTHOLD J./SIMHANDL F. (Hrsg.): Freiheit und Verantwortung, Jahrbuch für politische Erneuerung, Politische Akademie der Freiheitlichen Partei. Wien 1998, o.S.
- MAYER K. U.: Bildung und Arbeit in einer alternden Bevölkerung. In: GRUYTER de W. (Hrsg.): Alter und Altern. Berlin/New York 1994, S. 518-543.
- NAEGELE G.: Zur Forderung nach mehr Beteiligung älterer Menschen. In: Sozialer Fortschritt. Unabhängige Zeitschrift f. Sozialpolitik Jg. 43 (10). Berlin 1994, S. 232ff.
- TEWS H. P.: Die Alten und die Politik. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Die ergraute Gesellschaft. Berlin 1982, S. 141-148.
- WEGART F.: Landesobmann des Steirischen Seniorenbundes, Experteninterview. Graz am 6.4.1998. In: KURZ R.: Chancen und Möglichkeiten gesellschaftspolitischer Partizipation älterer Frauen und Männer in steirischen Seniorenorganisationen zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Dissertation an der Karl-Franzens-Universität Graz. Graz 1999, S. 82.

Fußnote 1

ohne zwischenstaatliche Teilleistung mit Zuschüssen oder Ausgleichszahlungen, Stand Dez. 2008, lt. telefonischer Auskunft bei der Pensionsversicherungsanstalt im August 2009

Fußnote 2

„Die Wiener Deklaration – Altern in Europa: Herausforderungen und Chancen für die europäische Politik – ist das Ergebnis der internationalen Fachtagung „Altern in Europa: Generationensolidarität – eine Basis des sozialen Zusammenhalts“ anlässlich der österreichischen EU-Präsidentschaft, Wien am 16.11.1998“